Nr. 52. XXIV. Jahrgang. Dresden. Freitag, 21. Februar 1879.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummern 10 Pfge. Auflage 33000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M., — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Sunsur d. „Invalidendank". — Havas, Laffite Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis 3½ Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Im Neubau nur an Wochentagen: große Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Vorausbezahlung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Die Witterungsaussichten nach dem Meteorol. Bureau zu Leipzig für heute den 21. Februar lauten: Trübe, stellenweise Niederschläge, Temperatur wenig Aenderung.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schlossstr. 14, gegenüb. d. Sporerg. An- u. Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltl. **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

Hôtel de France (feines Restaurant), Wilsdrufferstrasse No. 10 u. 11. Mittagstisch von 12—3 Uhr à la carte u. Couvert. Table d'hôte 1¼ Uhr im Speisesaal der ersten Etage. Vorzüglich gepflegte bairische Biere. Abends warme Speisen bis ½12 Uhr.

Politisches.

Ohne alle Ausnahme, einstimmig hat der Reichstag den Antrag des Staatsanwaltes Tessendorf: Fritzsche und Hasselmann zu verhaften, abgelehnt. Abg. Graf Moltke verließ unmittelbar vor der Abstimmung den Saal auf zwei Sekunden: er konnte nicht für und wollte nicht gegen die Verhaftung zweier Sozialdemokraten stimmen. Diese einmüthige Verwerfung der Verhaftung ist eine eklatante Niederlage der Reichsregierung. Denn es war vergebens, daß der Justizminister Leonhardt den Streit von dem hochpolitischen Gebiete weg- und auf das rein juristische hinzuleiten unternahm. Nach Leonhardt'scher Auffassung ist Alles harmlos, formell ganz korrekt zugegangen: Fritzsche und Hasselmann sind aus Berlin ausgewiesen, sind aber trotzdem zurückgekehrt, folglich mußte sie der Staatsanwalt beim Kragen nehmen. Daß so Etwas wie eine kaiserliche Ordre existirt, welche Beide aufforderte, sich in Berlin zum Reichstage einzufinden, daß der Reichskanzler ihnen Eisenbahnkarten zur freien Fahrt nach Berlin zusandte — das Alles existirt für einen formell geschulten Juristen nicht. Ein Vertreter der deutschen Nation ist in solchen Augen zu behandeln, wie ein wegen Subsistenzlosigkeit ausgewiesener Tagelöhner oder ein Dienstmädchen ohne Stellung, dem es sein Ehrgefühl verbietet, sich in die polizeiliche Lunatabelle eintragen zu lassen. Aber gerade diese scheinbare Rechtsgleichheit verletzte den Reichstag auf's Tiefste. Niemand glaubte ja daran, daß Tessendorf ohne höhere Anweisung vorgegangen ist. Dieser Versuch, zwei Reichstagsabgeordnete von ihren Sitzen zu vertreiben, ist jedoch kläglich gescheitert. Ob freilich Fritzsche und Hasselmann nicht doch noch nachträglich dafür büßen müssen, daß sie sich in Berlin einstellten, ist noch fraglich. Denn wenn die Auffassung des Staatsanwaltes Tessendorf, daß Fritzsche und Hasselmann ein Polizeiverbot übertraten, auch ferner noch aufrecht erhalten bleibt, so wird ihnen nach Schluß des Reichstages in ihren jetzigen Wohnsitzen, Leipzig und Hamburg, der Prozeß gemacht.

Noch erfreulicher jedoch, als die Zurückweisung des Häscherantrages ist, daß der Reichstag prinzipiell aussprach: die Privilegien der deutschen Volksvertretung stehen zu hoch, als daß eine Polizeiverordnung die Unantastbarkeit der Abgeordneten beseitigen könnte. Wenn nicht die telegraphische Berichterstattung so einseitig vor sich ginge, so hätte der Draht uns gestern bereits erzählt, wie den juristischen Haarspaltereien der Regierungskommissare, Leonhardt und Friedberg, durch die Abgeordneten Reichensperger und Hänel heimgeleuchtet wurde. So aber käut der Telegraph nur jene kleinlichen Rechtsklaubereien ausführlich wieder und hat kein Wort für die schlagenden Gegengründe. Reichensperger legte trefflich dar, daß, wollte der Reichstag die Verhaftung der beiden Abgeordneten gestatten, dann die Polizei das Recht erhielte, Jeden, von dem sie eine Störung der öffentlichen Ordnung besorgte, auszuweisen. Dann wäre der frühere Minister Delbrück, der gegen Kornzölle, der Abg. Richter, der gegen alle Schutzzölle agitirt, die konservativen Abgeordneten Ackermann und Günther, die gegen Tabakmonopol und Reichseisenbahnprojekte wirken, sie alle wären keine Minute sicher, wenn die Polizei von ihnen, nach dem herrlichen, weit dehnbarem Begriffe: „eine Störung der öffentlichen Ordnung" besorgte, auf den Bahnhof eskortirt zu werden. Ja, Lasker führte das noch mehr aus: dann würde der Berliner Polizeipräsident sogar das Recht haben, Mitglieder des Bundesrathes auszuweisen, denen verfassungsmäßig diplomatischer Schutz garantirt sei. Wäre es etwa pessimistisch, anzunehmen, daß unter gewissen Umständen auch der königlich baierische und sächsische Gesandte als Bundesrathsmitglieder eine Ausweisungsordre erhalten können, weil sie gegen gewisse Projekte pflichtmäßig handeln? Heutzutage ist Alles denkbar. Vortreffliche Argumente brachte Reichensperger zur Kennzeichnung der Ungeheuerlichkeit des Haftbefehls vor:

„Der früher erlassene Ausweisungsbefehl könne selbstredend nur das Recht nehmen, sich in Berlin aufzuhalten, nicht aber die Pflicht, erforderlichen Falles sich hier einzufinden. Sonst könne ein Ausgewiesener nicht als Zeuge nach Berlin vorgeladen werden, er dürfe als Soldat nicht einem hiesigen Regiment angehören und streng genommen in den hiesigen Gefängnissen auch nicht als Gefangener zurückgehalten werden." Hänel endlich legte dar, daß es unmöglich sei, die Nr. 1 des Antrages Stickert anzunehmen und Nr. 2 gleichzeitig abzulehnen, weil sonst, wenn die Interpretation der Staatsanwaltschaft nicht zurückgewiesen werde, der Reichstag unter seiner Autorität und Mitwirkung zulassen würde, daß ein Abgeordneter fortgesetzt in einer strafbaren Handlung verharre.

Die Sozialdemokraten wohnten den Verhandlungen bei, auch die beiden Herren, um deren Einkerkerung es sich handelte, Keiner jedoch ergriff das Wort. Sie gaben mit diesem Schweigen zu erkennen, daß sie wußten, wie die Ordnungsparteien auch ohne sie Recht und Gerechtigkeit wahren würden. Die Sache ist nun aus. Vorläufig wenigstens. Ohne Folgen bleibt sie aber nicht.

Fehlte noch ein widerlicher Zug an dem Fritzsche-Hasselmann'schen Falle, so liefern diesen die Offiziösen. Sie koquettiren mit den Pariser Kommunarden, indem sie es als „weise Mäßigung" preisen, daß Grévy den bekannten Beschluß des Pariser Gemeinderaths nicht prinzipiell, sondern nur aus formellen Gründen tadelte. Welche Heuchelei, mit den Kommunarden zu koquettiren in demselben Augenblicke, wo man in Berlin die Strenge gegen die deutschen Gesinnungsgenossen der Kommunarden so weit treibt, daß man sie dafür bestrafen will, daß sie der Einberufungsordre ihres Kaisers parirten. Des Präsidenten Grévy junge Regierung wird wild genug von Stürmen umbraust. Er ist gewiß ein überzeugungstreuer Vollblutrepublikaner. Aber er fühlt es, wie seine Popularität schon nicht mehr so mächtig ist, wie am Tage seiner Wahl. Die heimkehrenden Kommunarden werden ihn in Konflikte verwickeln, von denen die jetzigen nur schwache Vorläufer sind. Wie übel steht's schon jetzt mit der öffentlichen Sicherheit in Paris! Wenn man eine große Anzahl der tüchtigsten Polizeibeamten blos deshalb maßregelt, weil ihre politische Gesinnung mißliebig, so profitiren davon nur die Verbrecher. Tüchtige Polizisten stampft man nicht aus der Erde und bis man neue geschult hat, halten die Spitzbuben Ernte. Ob die Raubanfälle in Paris nur Schreckgeschichten sind, wie die Republikaner glauben machen wollen, ist ziemlich gleichgiltig: erträumt oder wahr, zeigen sie die Wirkung, welche die Rückkehr der Kommunarden auf die öffentliche Meinung bereits ausübt. Paris ist geängstigt, die Provinzen mißtrauisch — das hat jetzt schon die kurze Regierung Grévy's bewirkt, von so edlen Motiven der Mann auch beseelt ist. Grévy wird nicht müde, seine „Freunde" unter den Rothen zu beschwören, sich zu mäßigen. Um die Rothen in guter Stimmung zu erhalten, wird die Amnestie möglichst weit ausgedehnt, hingegen beharren die Republikaner auf der Strafverfolgung der früheren Minister Mac Mahons und der jetzige Premier Waddington muß, um diese empörende Ungerechtigkeit hintanzuhalten, mit seiner Entlassung drohen! Welche Lage! Ein Lichtblick ist, daß der Pariser Gemeinderath mit 5 Stimmen Mehrheit den Redakteur des „Siècle", Castagnary, einen intimen Freund Gambetta's, zum Präsidenten wählte, während der bisherige Präsident Thulié, welchen die Ultraradikalen wiederwählen wollten, unterlag. Extreme Entschließungen der Munizipalvertretung sind demnach im Augenblick nicht wahrscheinlich.

Den russischen Blättern ist verboten worden, bezüglich der Pest andere, als die offiziellen Berichte zu veröffentlichen. Die deutsch-österreichische Pestkommission wird unter den nichtigsten Vorwänden abgehalten, sich den Seuchendistrikten zu nähern. Erst fesselte man sie in Warschau mit Champagnerbanquetten, jetzt hält man sie in Warschau zurück, weil angeblich in Zarizin kein Quartier für sie zu beschaffen ist. Das ist doch mehr als naiv. Der General-Pestgouverneur Loris-Melikoff findet sofort in Zarizin Unterkommen und für die europäischen Aerzte sollen in einer wohlhabenden Eisenbahnstadt von 15,000 Einwohnern keine Schlafquartiere vorhanden sein? Rußland ersinnt eben die lächerlichsten Vorwände, um Europa nicht Einblick in den Unflath seiner inneren Verhältnisse und die Leistungsunfähigkeit seiner Beamten zu gewähren. Dafür bindet uns Generalpestmeister Loris auf, die neuen Pestfälle seien — Windpocken! Jenes Zurückhalten der Kommission erfolgt namentlich auch deshalb, weil es mit der Ziehung eines Militärkordons bisher eitel Wind war. Jetzt wird Hals über Kopf so Etwas arrangirt, das wie ein Militärkordon aussehen soll. Das ist denn doch aber dem Zaren zu viel. Der ehrliche Charakter dieses Fürsten ist empört über die Komödie seiner Untergebenen. Alexander rügte energisch, daß man offenbar absichtlich die Pestkommission in Moskau zurückhielte und, als hätte er den Leitartikel der „Dresdner Nachrichten" gelesen, so verglich der Zar in seiner Strafrede das Benehmen seiner Beamten mit dem Gaukelspiel, das im vorigen Jahrhundert Potemkin sich auf der Reise der Kaiserin Katharina erlaubte (gemalte Koulissen und tanzende Bauern an den Wolga-Ufern).

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 20. Februar. Der Reichstag wählte heute zunächst einen 2. Vicepräsidenten, da Fürst Hohenlohe diesen Posten abgelehnt hatte. Abgegeben wurden 210 Zettel, darunter 11 unbeschriebene. Der freikonservative Abg. Dr. Lucius (der Vertraute Bismarcks) erhielt 122, der strengkonservative v. Seydewitz bekam nur 75, die übrigen zersplitterten sich. Dr. Lucius nahm die Wahl dankend an. Darauf leitete Staatsminister v. Bülow die Debatte über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag ein.

Er betonte: Die Regierung war bei dem Vertragsabschlusse sich ihrer vollen Verantwortlichkeit bewußt und bedarf die Zustimmung des Reichstages vor, was Oesterreich auf das Zuvorkommendste zugestand. Die Regierung habe die Interessen des Reichs und seines Handels im Vertrage möglichst gewahrt. Abg. Delbrück giebt zu, daß bezüglich der deutschen Handelsverhältnisse mit Oesterreich zuletzt eine Nothlage entstanden, in welcher der jetzige Vertrag abgeschlossen wurde. Jedenfalls sei durch den Abschluß des Vertrags die Gefahr einer Entfremdung mit Oesterreich vermieden. Bezüglich des Meistbegünstigungs-Verhältnisses, des Veredelungsverkehrs, der Behandlung der Leinenwaaren und des Zollkartells enthalte der Vertrag das Erreichbarste. Bezüglich des Veredelungs-Verkehrs habe Oesterreich allzuscharfe Maßregeln gegen etwaige Mißbräuche verlangt. Man könne dieselben nur als bloße Verkehrserschwerungen betrachten. Die in österreichischen officiösen Kreisen gegen den Veredelungsverkehr herrschende Strömung sei sehr zu bedauern. Bedenken gegen den Vertrag habe er nur bezüglich der Geltungsdauer. Der Vertrag hätte bis Aprilanfang oder Juliansang 1880 abgeschlossen werden müssen, da ein definitiver Handelsvertrag außerdem nur wieder vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstags abschließbar sei. Vicekanzler Graf Otto Stolberg wünscht, daß die zollfreie Einfuhr von Roblesen aufhöre; Abg. Richter-Hagen bekämpft die veränderte deutsche Zollpolitik. Dr. Hammacher ist für Annahme des Vertrags. Fortsetzung morgen.

Bukarest, 20. Februar. Auf Befehl der Regierung räumten die rumänischen Truppen heute Arab-Tabia. Ein Pestkordon ist noch nicht gezogen.

London, 20. Februar. Nach einem Telegramm aus der Kapstadt vom 29. v. M. unternahm eine Abtheilung der Zulus von etwa 4000 Mann am 24. einen Angriff auf die unter General Wood stehende Kolonne. Die englischen Truppen wiesen den Angriff mit unbedeutenden Verlusten ab, zerstreuten (?) die Feinde und zogen sich sodann auf Utrecht zurück. Von den Zulus auf andere englische Kolonnen unternommene Angriffe wurden ebenfalls zurückgeschlagen. Die Zulus konzentriren sich in der Richtung auf Ekowe, wo sich die Kolonne Pearson verschanzt hat. Man erwartet täglich einen neuen Angriff. Der Ernst der Lage ist nicht übertrieben worden. Die Operationen der englischen Truppen beschränken sich bis zur Ankunft von Verstärkungen auf die Defensive.

Locales und Sächsisches.

— Der vorgestrige Hofball (Kammerball) war von 300 Personen besucht. An demselben nahmen u. A. Theil: J. K. H. Prinzessin Georg, Prinz von Sachsen-Weimar, Prinz von Lippe, Fürst von Windischgrätz, sowie Graf Herbert Bismarck. S. M. der König hatte die Uniform seines Grenadier-Regiments angelegt. J. M. die Königin trug eine hellgraue Seidenrobe mit Blumenguirlanden und Spitzen garnirt, J. K. H. Prinzessin Georg eine hellblaue Seidenrobe. Der Ball begann nach abgehaltenem Cercle um 9 Uhr und endete um ½2 Uhr; das Souper wurde um 11 Uhr im großen Ballsaale an kleinen Tischen eingenommen.

— Herr Kammerherr Graf Luckner hat dem zu Frankfurt a. M. unter dem Namen Saxonia bestehenden Vereine sächsischer Landsleute durch dessen Vorstand Herrn May aus Ebersbach ein prachtvolles Portrait Sr. M. des Königs Albert überreichen lassen, welches, wie man uns aus Frankfurt schreibt, unter lebhaften Dankesbezeugungen für den generösen Geber jubelnd aufgenommen wurde.

— In der vorgestrigen öffentlichen Stadtverordnetensitzung theilte der Vorsitzende, Vicevorsteher Adv. E. Lehmann, ein stadträthliches Schreiben mit, inhaltlich dessen der Stadtrath den demnächstigen Geburtstag des deutschen Kaisers durch ein Festmahl zu begehen gedenkt und am Abend die öffentlichen Plätze der Stadt festlich beleuchten will. Die beiden hölzernen Brücken in den Bürgerwiesenanlagen, von denen die eine in Folge Befahrens mit einem beladenen Wagen zusammengebrochen ist, sollen durch schmiedeeiserne ersetzt werden, was 1395 Mark Herstellungskosten erfordert, die vom Kollegium bewilligt werden. Ziemlich 8500 Mark werden nachträglich noch zur weiteren baulichen Instandsetzung des Saloppengrundstücks bewilligt und zwar speziell zur Herstellung einer Straße, eines Fußwegs, eines Einfahrthores, eines großen Wagenplatzes und im Innern der Restaurationsräume zur Einrichtung eines Speisezuges und dreier Büffets. Während es dem Kollegium im Jahre 1877 gelang, bereits im December den Haushaltplan für 1878 fertig zu berathen, verzögert sich die Berathung des diesjährigen Haushaltplanes wieder ziemlich lange. Außer den in dieser Sitzung erstatteten beiden Berichten, den XI. und XII., kündigt der Finanz-Ausschuß noch einen Bericht an und dann erst ist der Haushaltplan durchberathen. Der Finanz-Ausschuß empfiehlt die Einstellungen einiger Positionen nach Höhe des vorliegenden stadträthlichen Haushaltplanes, schlug aber bezüglich der Pos. 11 der Einnahmen (Zuschuß zu dem Feuerlöschwesen) vor, eine stadträthliche Forderung von 1500 Mark Bekleidungsgeld für die 52 ständigen Feuerwehrleute, sowie eine Mehreinstellung von 300 Mark für die Ausrüstung der gesammten Mannschaften abzulehnen. Der letzteren Ablehnung wird beigestimmt, gegen die erstere erheben sich aber viele Stimmen mit Lebhaftigkeit, so daß schließlich die Rathsvorlage bewilligt wurde. Es ward von mehreren Seiten betont, daß man gerade unseren wackeren Feuerwehrleuten gegenüber nicht mit engherziger Sparsamkeit vorgehen solle, namentlich die St.-V. Lichtenberger und Waldmann sprachen sehr warm für letztere; St.-V. Waldmann sagte, man möge lieber einmal bei einem kostspieligen Geländer oder dergl. etwas sparen, aber hier ohne Bedenken bewilligen; welcher Ansicht nicht nur der größte Theil des Kollegiums beistimmte, sondern auch die gesammte Einwohnerschaft zustimmen wird. Bei einer Bewilligung für den Mineralöllagerhof nahm St.-V. Engert Gelegenheit, die Nachtheile zu beleuchten, die die Vorstadt Neudorf durch diesen Hof, dessen Gefährlichkeit sehr übel empfunden werde, zu erleiden habe. Die Feuergefährlichkeit dieses Hofes erhitzte auch den Redner so sehr, daß er sich einen Ordnungsruf zuzog, indem er dem Kollegium zurief: „behandeln Sie uns Neudörfer nicht so bagatellmäßig, wir sind auch Ihre Mitbürger!" Der Vorsitzende betonte dem gegenüber die Thatsache, daß Niemand von den Neudörfern geringschätzend gesprochen habe, noch denken werde. Der Beweis dafür ward dem St.-V. Engert übrigens sofort dadurch geliefert, daß sein freilich sehr allgemein gehaltener Antrag: Der Stadtrath wolle auf die Verlegung des Mineralöllagerhofes von der Flur Neudorf Bedacht nehmen, mit 34 gegen 20 Stimmen Annahme fand. Wohin aber soll er gelegt werden? Auch Stadtrath Teuchert bezeichnete die Möglichkeit einer Verlegung als äußerst traglich. Vor einigen Jahren haben beide städtischen Kollegien gerade den jetzigen Platz einstimmig als den passendsten bezeichnet und nach schwierigen Verhandlungen mit den Neudörfern auch dazu erlangt. In allen Gegenden wird man sich gleichmäßig gegen dieses unheimliche Etablissement sträuben. Es ist schon früher die Meinung aufgetaucht, daß der Mineralölhof am besten in das Gehege an die Elbe gelegt werden könne; St.-V. Dr. Rothe macht jedoch sehr richtig darauf aufmerksam, daß Petroleum auch brennend auf dem Wasser schwimmt und daher, sollte einmal ein Unglück passiren, dasselbe weithin verderblich werden könnte! Bei Pos. 18 der Einnahmen (indirekte Abgaben) werden die für die Beamten mehrgeforderten Uniformirungsgelder an 1080 Mark abgelehnt. Die Sitzung schloß gegen 10 Uhr.

— Die öffentliche Ziehung der Albertslotterie beginnt, wie schon erwähnt, nächste Aschermittwoch den 26. Februar, jeden Tag den Vormittags 10 Uhr an, in den Bureauräumen des Alberts-Vereins in Warens Palais (Ostra-Allee). Das großartig angelegte, vielfach angezweifelte und angefeindete Unternehmen der Alberts-Vereinslotterie wird mit dieser Ziehung nunmehr seinem vollständigen Ende zugeführt und wird seinen segensreichen Zweck, die Errichtung des Carolahauses, damit hoffentlich ganz erfüllen oder doch aufs Beste fördern. Die Ziehung geschieht diesmal nicht wie früher unter Mitwirkung von Beamten der kgl. sächs. Landeslotterie, sondern durch hiesiges Personal nach den Anordnungen des königl. Ministeriums des Innern und werden dabei noch einmal Waisenknaben fungiren. Die „Dresdner Nachrichten" werden wie früher am Tage nach der Ziehung jedesmal die gezogenen Gewinn-Nummern bringen und damit den Lesern Gelegenheit geben, von ihrem Glücke sich schnell Kenntniß zu verschaffen, während die offizielle Gesammt-Gewinnliste erst einige Tage nach dem Schlusse der Ziehung ausgegeben werden kann.

— Von der Kreishauptmannschaft Zwickau sind die Druckschriften: „Betrachtungen über den Normalarbeitstag" und „Neuestes Proletarierliederbuch" verboten worden.

Die armen Staare, Dampfschiff-Kapitäne und andere Sommervögel! Da haben wir wieder den bitterbösesten Winter bei 4 bis 5 Grad Kälte, und wenn die Elbe nicht in Folge des jüngsten Thauwetters so hoch ginge, würde die vorgestern begonnene Personendampfschifffahrt wohl sofort wegen neuen Eisganges haben eingestellt werden müssen. Hoffentlich besinnt sich der Herr Februar und tritt aus Respekt vor seinem Erben März von seinen bösen Attaken zurück. Gestern früh war die Welt verschneit wie im tiefsten Winter und die Pferdebahn-Lowry fuhr vor Tagesgrauen durch die Straßen der Stadt, durch vermummte, ernste auf ihr postirte Männergestalten Salz streuend, um die Geleise praktikabel zu machen.

— In alten Zeiten verbreitete sich die orientalische Pest oft über Mittel-Europa. Namentlich liegen darüber aus unserem